

Antrag

der Fraktion der KPD

**betr. Einstellung der zwischen der Bundesregierung
und den Hohen Kommissaren geführten Ver-
handlungen wegen der Durchführung der
Washingtoner Beschlüsse.**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird verpflichtet, sofort alle zwischen den Hohen Kommissaren der Besatzungsmächte und der Bundesregierung laufenden Besprechungen, deren Ziel die Durchführung der Washingtoner Beschlüsse ist, einzustellen.

Der Bundestag steht auf dem Standpunkt, daß in diesen Besprechungen Maßnahmen festgelegt werden, die die Lebensinteressen des gesamten deutschen Volkes aufs Schwerste schädigen. Zu diesen Maßnahmen zählt der Bundestag insbesondere die Aufstellung von westdeutschen Truppenverbänden im Rahmen der Europa-Armee, die Einführung eines Bundeswehrgesetzes und die Einbeziehung Westdeutschlands in den Schuman-Plan.

Die Bundesregierung wird verpflichtet, keinerlei Abmachungen einzugehen oder Verträge zu unterzeichnen, die im Zusammenhang mit den Washingtoner Beschlüssen stehen.

Bonn, den 4. Oktober 1951

Renner und Fraktion